

Nato zeigt in Norwegen ihre Muskeln

Hinter den Kulissen des Militärbündnisses brodelt es wie lange nicht mehr.

Von Ansgar Haase

Trondheim/Byneset. Mit der Idylle am Trondheimsfjord ist es schlagartig vorbei. Um Punkt 12 Uhr tauchen an diesem kalten, aber sonnigen Herbsttag die ersten Kampfjets am Horizont auf. Wenig später ist die Bucht vor dem norwegischen Örtchen Byneset von modernen Kriegsschiffen belagert und der Lärm von Bombeneinschlägen und Schiffskanonen donnert herüber. 54 lange Minuten geht es so weiter. Sturmgewehrfeuer von Landungstruppen wechselt sich mit dem Knattern von Kampfhubschraubern und röhrenden Motoren schwerer Panzer ab. Immer wieder knallen F-16-Jets im Tiefflug über das Gelände.

All das ist am Dienstag Teil einer großen Show zum größten Nato-Manöver seit Ende des Kalten Krieges. Rund 50.000 Soldaten, darunter mehr als 8000 aus Deutschland, sind zu der Übung mit dem Namen „Trident Juncture“ zum Teil schon vor Wochen in Norwegen eingetroffen. Die Vorführung vor Vertretern der Bündnisstaaten und Journalisten aus aller Welt soll nun der ganzen Welt die militärische Leistungsfähigkeit und Stärke der Nato vor Augen führen und damit mögliche Angreifer abschrecken.

„Wir machen das, um Konflikte zu vermeiden und

nicht, um einen Konflikt zu provozieren“, betont Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg zum Auftakt der öffentlichen Show, die weltweit live im Internet verfolgt werden kann. Niemand – auch Russland nicht – müsse sich bedroht fühlen.

Inwiefern Russland sich von der Übung beeindruckt lässt, ist allerdings ohnehin fraglich. Zum einen sagt das seit vier Jahren vorbereitete Manöver wenig darüber aus, ob sich Truppen auch in einem überraschenden Krisenfall schnell genug verlegen ließen. Hinzu kommt, dass die Inszenierung in der Bucht nahe Trondheim kaum darüber hinwegtäuschen kann, dass die schlagkräftigste Militärallianz der Welt seit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump eine ihrer bislang wohl schwersten politischen Krisen erlebt.

Wie es mit der Nato, den USA und Russland weitergeht, werden die kommenden Monate zeigen. Die russischen Streitkräfte haben angekündigt, Ende der Woche vor der norwegischen Küste Marschflugkörper testen zu wollen – in internationalen Gewässern; dort, wo auch Kriegsschiffe der Nato im Rahmen von „Trident Juncture“ präsent sind. Das sieht eher nach einer neuen Runde militärischer Muskelepiele aus.



Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg machte sich persönlich ein Bild vom größten alliierten Manöver seit Ende des Kalten Krieges. FOTO: AFP

Spitzentreffen zur Dieselkrise geplant

Es soll um Hardware-Nachrüstungen gehen

Berlin. In der Dieselkrise ist Ende der kommenden Woche ein Spitzentreffen von Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) mit den deutschen Autoherstellern zu den umstrittenen Hardware-Nachrüstungen geplant.

Hardware-Nachrüstungen – Umbauten am Motor – sind Teil des neuen Maßnahmen-Pakets der Koalition, um Diesel-Fahrverbote zu verhindern. Allerdings weigern sich die Hersteller bisher, die vollen Kosten für die Nachrüstungen zu übernehmen, wie die Regierung es fordert. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte zum Einsatz von Steuergeldern gesagt, dies sei „allenfalls die letzte Option“. Aus Sicht von Umweltverbänden, aber auch Kommunen, sind Hardware-Nachrüstungen die effektivste Maßnahme, um den Schadstoff-Ausstoß in Städten wirksam zu senken.

In vielen deutschen Städten werden Grenzwerte überschritten, Dieselabgase sind ein Hauptverursacher. Auch Scheuer (CSU) mit den deutschen Autoherstellern zu den umstrittenen Hardware-Nachrüstungen geplant. In Hamburg gibt es bereits Streckensperrungen für ältere Diesel. Gerichte hatten Fahrverbote etwa für Stuttgart, Berlin oder Frankfurt angeordnet, die 2019 in Kraft treten könnten.

Die Autoindustrie sieht Hardware-Nachrüstungen an älteren Wagen sehr skeptisch: Zu aufwendig, zu teuer und ungünstig für den Verbrauch, lautet die Argumentation.

Scheuer verhandelt seit Wochen mit den drei großen deutschen Herstellern Volkswagen, Daimler und BMW über die Nachrüstungen. VW hatte sich bereit erklärt, 80 Prozent der Kosten zu übernehmen. Konkret geht es um 2400 Euro bei Kosten von insgesamt 3000 Euro je Umbau. dpa

Im Einsatz unter Tage

Solange in Deutschland noch jemand in ein Kohlebergwerk einfährt, muss er dort auch wieder herausgeholt werden können. Regelmäßig übt die Grubenwehr den Ernstfall.

FOTO: DPA

Von Helge Toben

Dichter Rauch überall. Lichterloh brennen mitten im Stollen Holzpaletten. So schnell wie möglich muss die Grubenwehr den Brand in den Griff bekommen. Routiniert montiert ein Wehrmann in orangeflem Flammschutz-Overall und mit Atemmaske den Wasserschlauch an die Zuleitung. Kurz darauf ertönt ein starker Strahl das Feuer. Zum Glück nur im Übungs-Brandstollen der stillgelegten Steinkohlzeche Pluto in Herne – an der Erdoberfläche und nicht unter Tage in über 1000 Metern Tiefe wie im Ernstfall.

Die Grubenwehr ist eine Art Werksfeuerwehr im Bergbau, die bei Unglücken aber auch bei Grubenbränden zum Einsatz kommt. Neben den 190 Wehrmännern der „Zentralen Grubenwehr“ in Herne hat jedes Bergwerk seine eigene Mannschaft. Deren Wehrmänner arbeiten sonst als normale Bergleute auf den Zechen. Ihr Dienst für die Grubenwehr ist freiwillig. „Solange unter Tage angefahren wird, muss es eine Grubenwehr geben“, sagt Michael Wolf, stellvertretender Haupt-

gerätewart bei der Zentralen Grubenwehr in Herne.

Bis Ende 2018 fördern Bergleute in Deutschland noch Steinkohle aus den letzten beiden Tiefbau-Zechen: in Bottrop im Ruhrgebiet und in Ibbenbüren im Tecklenburger Land im Norden Westfalens. Danach wird unter Tage noch rund zwei Jahre lang aufgedämmt. In manchen alten Schächten stehen außerdem noch Wasserpumpen, die von Technikern noch einige Jahre lang gewartet werden müssen. Bis Ende 2021 wird das dauern, dann lässt man das Wasser steigen. Den Wasserstand in den Gruben werden dann riesige Tauchpumpen regulieren, die über Tage gewartet werden können. In die stillgelegten Bergwerke muss dann niemand mehr „einfahren“, wie der Bergmann sagt.

Fünf Jahre Ausbildung

Insgesamt 535 Mitglieder hatte die Grubenwehr Anfang 2018 noch: In der Zentrale in Herne, an den Standorten der beiden Bergwerke und im Saarland, wo die letzte Zeche bereits 2012 die Förderung einstellte. Neue Wehrmänner werden nicht ausgebildet. „Man braucht mindestens

fünf Jahre, um einen Grubenwehmann auszubilden“, sagt Roberto Cillis, Oberführer der Grubenwehr-Reservisten.



Und was machen die Männer, wenn Ende 2021 Schluss ist? „Die jungen Leute nutzen die Ausbildung als Zusatzqualifikation. Einige haben sich schon zu Feuerwehren oder Atemschutz-Geräteherstellern vermitteln können“, sagt Andreas Betka, Leiter der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen in Herne. Die letzten Männer der Grube, die letzten Männer des Steinkohlebergbaus stehen in einer langen Tradition. Immer wieder erschütterten Unglücke mit Dutzenden oder gar Hunderten Toten Deutschland. Beim schwersten Unglück in Europa starben 1906 im nordfranzösischen Courrières fast

1100 Bergleute. „Erst der Einsatz deutscher Rettungstrupps der Zechen Shamrock und Rheinlbe, die mit Atemschutz ausgerüstet waren, führte dazu, dass 13 Überlebende geborgen werden konnten“, heißt es bei der Berufsgenossenschaft Rohstoffe.

Dahlbusch-Bombe

Einer großen Öffentlichkeit wurden die Untertage-Rettungsspezialisten 1963 bekannt – beim Grubenunglück in einer Eisenerzgrube im niedersächsischen Lengede. Die Rettung von elf Bergleuten nach zwei Wochen ging als „Wunder von Lengede“ in die Geschichte ein. Sie hatten in 62 Meter Tiefe überlebt und wurden mit sogenannten Dahlbusch-Bomben, torpedoförmigen Rettungsgeräten, geborgen. „Die Dahlbusch-Bombe war 1955 auf der Zeche Dahlbusch in Gelsenkirchen entwickelt worden“, sagt der Historiker Michael Farrenkopf, Leiter des Montanhistorischen Dokumentationszentrums in Bochum. „Das war das erste Mal, dass das Grubenrettungswesen weit über die Grenzen des Bergbaus hinaus bekannt wurde.“

Bolsonaro spricht über seine Pläne

Korruptionsermittler soll ins Kabinett

Rio de Janeiro. Nach seinem Wahlsieg schlägt der künftige brasilianische Präsident Jair Bolsonaro erste Pflöcke ein. Der Rechtspopulist will den prominentesten Korruptionsermittler des Landes als Justizminister in sein Kabinett holen und die auswärtigen Beziehungen des Landes neu ausrichten.

Entgegen der Tradition soll Bolsonaros erste Auslandsreise nach Chile führen. Der chilenische Präsident Sebastián Piñera war einer der wenigen Staatschefs in der Region, der sich bereits vor der Wahl positiv zu Bolsonaro geäußert hatte. Bislang besuchten neu gewählte brasilianische Präsidenten stets zuerst das Nachbarland Argentinien. „Wir werden Beziehungen knüpfen zu Ländern, die gute Partner sein können bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, beim Fortschritt und dem Kampf für sozialen Frieden in Brasilien“, sagte der brasilianische Abgeordnete Onyx Lorenzoni, der als Bolsonaros Kabinettschef im Gespräch ist. „Chile ist für uns ein Vorbild.“ Danach soll es in die USA und nach Israel gehen.

Anschlag in Dänemark geplant

Kopenhagen. Der iranische Geheimdienst soll einen Anschlag in Dänemark geplant haben. Deswegen seien Teile Dänemarks wegen einer massiven Polizeiaktion Ende September für Stunden lahmgelegt worden, erklärte der Chef des dänischen Inlandsgeheimdienstes PET, Finn Borch Andersen am Dienstag. „Wir haben es mit einem iranischen Geheimdienst zu tun, der einen Anschlag auf dänischem Boden plant“, sagte er. Der Iran wies die Vorwürfe am Abend kategorisch zurück. dpa

PLO erkennt Israel nicht mehr an

Ramallah. Die Palästinenserführung hat entschieden, angesichts des stockenden Friedensprozesses Israel die Anerkennung als Staat zu entziehen und jegliche Zusammenarbeit zu beenden. Dies betreffe die Sicherheit ebenso wie die Wirtschaft, entschied der PLO-Zentralrat am Montagabend in Ramallah. Diese Entscheidung gelte, bis Israel einen Staat Palästina anerkennt. Das PLO-Zentralkomitee wollte am Dienstagmittag über die Umsetzung beraten, wie PLO-Generalsekretär Saeb Erekat am Dienstag mitteilte. dpa

Seit 2006 fast 1100 Journalistenmorde

Bonn. In den vergangenen zwölf Jahren sind nach UN-Angaben weltweit fast 1100 Journalisten wegen ihrer Arbeit getötet worden. Von den zwischen 2006 und Ende 2017 registrierten Fällen wurde nur jede zehnte Tat aufgeklärt, teilte die UN-Kulturorganisation Unesco am Dienstag anlässlich des Internationalen Tags gegen die Straflosigkeit für Verbrechen an Journalisten mit. AFP

Europa und Afrika auf Augenhöhe

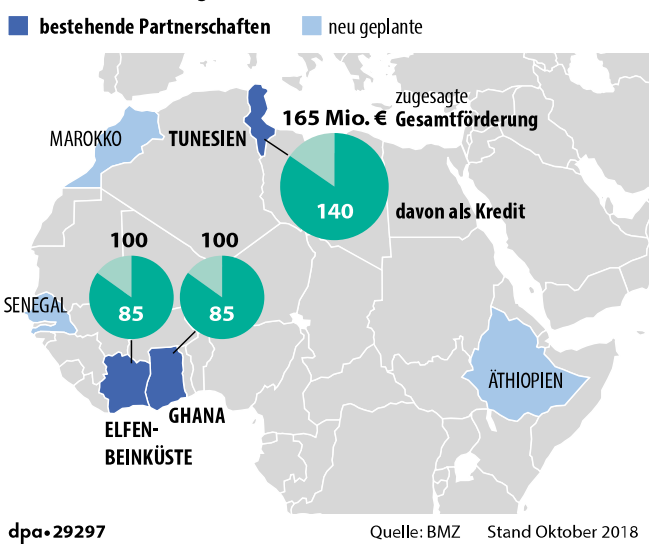
Partnerschaftliche Zusammenarbeit, Hilfe auch aus Eigeninteresse: Das sind Prinzipien der Afrika-Politik von Angela Merkel. Jetzt hat sie ein Maßnahmenpaket vorgelegt.

Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat eine Milliarde Euro zusätzlich für die Förderung privater Investitionen in Afrika zugesagt. Bei einer Wirtschaftskonferenz in Berlin kündigte sie am Dienstag die Gründung eines Fonds mit diesem Umfang an, der vor allem kleinere und mittlere Unternehmen zu einem stärkeren Engagement auf dem Nachbarkontinent Europas ermutigen soll. „Wir wollen hier heute gemeinsam ein deutliches Signal setzen, nämlich dass uns an einer guten und gewinnbringenden Nachbarschaft zwischen Afrika und Europa gelegen ist“, sagte die Kanzlerin vor Top-Managern und afrikanischen Staatschefs.

Bei den in Afrika tätigen deutschen Unternehmen stieß die Ankündigung auf große Zustimmung. Der Vorsitzende des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft, Stefan Liebing, sprach von einer „beinahe historischen Ankündigung“. Entwicklungsorganisationen monierten dagegen, dass die ärmeren afrikanischen Staaten vernachlässigt würden. Merkel betonte bei der Konferenz, dass Afrika große Chancen für die deutsche Wirtschaft biete. „Für viele Jahre waren wir sehr auf Asien konzentriert. Ich glaube in Zukunft muss sich der Blick mehr nach Afrika wen-

Reformpartnerschaften mit Afrika

Seit Juni 2017 unterstützt die Bundesregierung drei afrikanische Länder durch Reformpartnerschaften. Ziele sind der Ausbau erneuerbarer Energien, die Verbesserung der Energieeffizienz und die Entwicklung des Finanz- und Bankensektors.



den.“ Die Kanzlerin hatte schon während der deutschen G20-Präsidentschaft im vergangenen Jahr eine Initiative für stärkere Investitionen in Afrika gestartet. Dazu gehören sogenannte Reformpartnerschaften, bei denen Hilfs-

mittel bei Erfüllung bestimmter Reformversprechen gezahlt werden. Dafür hat die Bundesregierung bisher 365 Millionen Euro für Tunesien, Ghana und die Elfenbeinküste bereitgestellt. Weitere Partnerschaften mit Äthiopien, Marokko und Senegal sollen nun hinzukommen.

Insgesamt umfasst die G20-Initiative Partnerschaften mit zwölf Ländern. Mit fünf davon hat Deutschland bereits Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen. Drei Weitere würden bald hinzukommen, kündigte Merkel an. Neben dem Investitionsfonds plant die Bundesregierung auch eine stärkere Abfederung von Risiken, etwa politische Instabilität oder mangelnde Zahlungsmoral, speziell für deutsche Unternehmen.

Der Afrika-Verein erhofft sich von den Maßnahmen einen deutlichen Investitionsschub. „Wir haben jetzt die Basis, dass wir loslegen können.“ Für 2018 erwarte die deutsche Wirtschaft Investitionsentscheidungen von einer Milliarde Euro für Afrika. dpa